



EUROPA UNION  
DEUTSCHLAND

KREISVERBAND STEINFURT

Europa gemeinsam gestalten!

## Liebe Mitglieder der Europa-Union,

vor gut drei Monaten ist der **Vertrag von Lissabon** in Kraft getreten. Damit ist die Europäische Union ein Stück weit demokratischer, transparenter und effizienter geworden.

Nun gilt es, das Erreichte zu nutzen und die Vorteile, die sich aus dem Vertrag ergeben, den Bürgern deutlich zu machen.

Als einzig direkt gewählte Volksvertretung ist hier vor allem das EU-Parlament gefragt, haben doch gerade die EU-Parlamentarier mit dem Lissabon-Vertrag einen enormen Machtzuwachs erlangt. So werden Parlament und Ministerrat in Zukunft über (nahezu) alle Gesetzesvorhaben auf EU-Ebene gemeinsam entscheiden (so etwa auf dem Gebiet der Landwirtschafts-, Einwanderungs-, Energie- und EU-Haushaltspolitik). Zudem erhalten die Abgeordneten ein größeres Mitspracherecht bei der Ernennung vieler EU-Spitzenpositionen.

Mehr Macht aber bedeutet mehr Verantwortung den Wählern gegenüber- Diese zu zeigen, ist gerade mit Blick auf die vergangenen Jahre extrem vonnöten.

Denn der jahrelange Verhandlungsmarathon, die immer neuen Vertragsentwürfe und das „Gezerre“ um Sonderregelungen, haben - verbunden mit dem Ohnmachtgefühl vieler EU-Bürger angesichts mangelhafter Mitentscheidungsmöglichkeiten - eine EU-Müdigkeit erzeugt, die sich nicht allein aus der Wirtschaftskrise und negativen Globalisierungseffekten erklären lässt.

Man darf daher gespannt sein, wie das EU-Parlament seine neuen Möglichkeiten nutzt und ob es ihm gelingt, Kommission und Ministerrat gegenüber selbstbewusst aufzutreten. Nur so kann es sein Profil schärfen und den Bürgern einen Teil des verloren gegangene Vertrauens in die Europäische Union zurückgeben.

## Der Lissabon-Vertrag: Was ist neu?

Neben den Neuregelungen für das Europa-Parlament (s. o.) ändert und ergänzt der Vertrag von Lissabon in wichtigen Bereichen den bisherigen EU- und EG-Vertrag:

- **Die EU als eigene Rechtspersönlichkeit:** Die bisherige Unterscheidung zwischen Europäischer Union und Europäischer Gemeinschaft entfällt - es gibt nur noch die Europäische Union. Sie ist von nun an Völkerrechtssubjekt und darf als solches auch internationale Verträge abschließen.
- **EU-Charta der Menschenrechte:** Auch wenn kein integraler Bestandteil des Lissabon-Vertrages, ist die Charta zeitgleich mit dem Lissabon-Vertrag in Kraft getreten. Bei Anwendung europäischen Rechtes ist sie für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten verbindlich.
- **Stärkung der Nationalen Parlamente:** Sieht eines der nationalen Parlamente durch einen Gesetzesvorschlag der Kommission den Subsidiaritätsgrundsatz verletzt, kann es innerhalb von acht Wochen Protest gegen das geplante Gesetz einlegen. Bei Kritik von einem Drittel der Parlamente muss die Kommission ihren Vorschlag überprüfen.
- **Einführung der qualifizierten Mehrheit:** Die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat wird auf neue Politikbereiche ausgedehnt. Ab 2014 wird die qualifizierte Mehrheit nach der doppelten Mehrheit von Mitgliedstaaten und Bevölkerung berechnet. Eine doppelte Mehrheit ist dann erreicht, wenn 55 % der Mitgliedstaaten, die gemeinsam mindestens 65 % der europäischen Bevölkerung auf sich vereinen, ihre Zustimmung geben.
- **Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik:** Er/ Sie koordiniert die Außenpolitik der Europäischen Union und bündelt die bisherigen Funktionen des EU-Außenbeauftragten und des EU-Außenkommissars. Mit dem neuen Amt bekommt die EU erstmals ein einheitliches Gesicht nach außen. Derzeitige Amtsinhaberin ist die Britin Catherine Ashton.
- **Präsident des Europäischen Rates:** Der vom europäischen Rat für 2 ½ Jahre gewählte Ratspräsident (derzeit ist dies der Belgier Hermann Van Rompuy) soll „auf seiner Ebene und in seiner Ei-

genschaft unbeschadet der Befugnisse des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik die Außenvertretung der Union in Angelegenheit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ wahrnehmen.

- **Bürgerinitiativrecht:** Mit einer Million Unterschriften aus einer noch festzulegenden Zahl von (voraussichtlich neun) Ländern kann die Europäische Kommission zukünftig aufgefordert werden, einen Gesetzentwurf zu einem bestimmten Thema vorzulegen.
- **Anerkennung der Selbstverwaltung der Regionen und Gemeinden:** Als Bestandteil der nationalen Identität können die Kommunen auch zukünftig alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung regeln. Sollte das Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzip verletzt werden, verfügt der Ausschuss der Regionen (AdR) jetzt zudem über ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof.

### Europa-Parlament zeigt Zähne: Ablehnung des SWIFT-Abkommens

Am 11. Februar hat das EU-Parlament das so genannte Swift-Abkommen gekippt: Mit 378 zu 196 Stimmen lehnten die Parlamentarier in Straßburg das im Jahr 2009 von den USA und dem EU-Ministerrat ausgehandelte Abkommen über die Weitergabe von EU-Bankdaten an die USA ab.

Als Grund nannten die EU-Parlamentarier datenschutzrechtliche Bedenken. Außerdem bemängelten sie, dass die Maßnahmen der USA in keinem Verhältnis zur angeblich erreichten Sicherheit stünden.

### Vorgeschichte

Nach den Terroranschlägen des 11. September hatte das US-amerikanische Finanzministerium aufgrund behördlicher Beschlagnahmeanordnungen Transaktionsdaten aus der US-amerikanischen Operationszentrale des belgischen Finanzdienstleisters SWIFT (zu SWIFT: siehe Kasten) angefordert und diese für die Zwecke der Terrorismusbekämpfung ausgewertet – eine Praktik, die erst 2006 von der „New York Times“ aufgedeckt wurde, zahlreiche Proteste bei Europas Datenschützern hervorrief und in Deutschland gar zu Unstimmigkeiten innerhalb der Regierung führte.

### Das Swift-Abkommen

Als sich abzeichnete, dass SWIFT zum Jahreswechsel 2009/10 die Hauptserver aus den USA in die Niederlande und die Schweiz verlagern würde, nahm die US-Regierung 2007 Verhandlungen mit der EU auf. Das Ziel: Auch weiterhin sollten die US-Terrorfahnder Zugriff auf die Server und damit Einblick in die Bankdaten von Millionen EU-Bürgern haben.

Am 30. November 2009 war es soweit: Die Innenminister der EU billigten das *Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsdaten und de-*

*ren Übermittlung für die Zwecke des Programms der USA zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP).*

### Strategie der EU-Minister?

Auch wenn die EU-Minister dabei betonten, dass es sich um ein Interimsabkommen handele, das am 31. Oktober 2010 durch einen endgültigen Vertrag abgelöst werde, warfen Kritiker ihnen vor, sie wollten durch ihr Vorgehen Tatsachen schaffen: Indem man einen Tag vor Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages das Abkommen „durchgedrückt“ habe, sei den EU-Parlamentariern bewusst die Möglichkeit genommen worden, an der Ausgestaltung des Abkommens mitzuwirken.



In eine ähnliche Richtung zielte der Vorwurf, der Ministerrat habe durch seine Vorgehensweise Druck auf das

EU-Parlament aufbauen wollen. So wären die EU-Parlamentarier bei Ablehnung des Abkommens die Sündenböcke gewesen, hätte sich das Verhältnis zwischen den USA und der EU durch die „SWIFT-Krise“ verschlechtert. Daher habe man mit der frühen Entscheidung alle Verantwortung an das Parlament abgeschoben und darauf gehofft, dass die Volksvertreter ihre ablehnende Haltung aufgeben.

### Ausblick

Abgesehen von derartigen Spekulationen steht jetzt jedoch die Frage im Mittelpunkt, welche gemeinsame Lösung Rat, Kommission und EU-Parlament finden und vor allem, wie sie dem Druck der Amerikaner begegnen. Diese haben nämlich angedroht, nicht mehr mit der EU zu verhandeln, sondern auf bilateraler Ebene Verträge mit einzelnen Mitgliedsstaaten abzuschließen.

### SWIFT – Was ist das?

Die **Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT)** ist ein 1973 gegründetes Netzwerk von Geldinstituten mit Hauptsitz in Belgien. Ziel des Netzwerks, an dem gegenwärtig weltweit über 8000 Geldinstitute beteiligt sind, ist die Harmonisierung des internationalen Zahlungs- und Nachrichtenverkehrs im Bankensektor.

Ein Werkzeug hierfür ist der SWIFT-Code (auch SWIFT-BIC), eine acht- bis elfstellige Ziffernfolge, mit der so gut wie jedes Kreditinstitut der Welt einwandfrei identifiziert werden kann. Die Datenübermittlung erfolgt hierbei über ein speziell gesichertes Netzwerk (SWIFTnet).

Schätzungen zufolge kommt der SWIFT-Code täglich etwa 12 Millionen Mal zum Einsatz und neun von zehn Auslandsüberweisungen der EU-Bürger werden mit ihm abgewickelt.

## 112 – Der Europa-Notruf



Stellen Sie sich vor, Sie befinden sich im europäischen Ausland und benötigen dringend die Polizei, die Feuerwehr oder einen Krankenwagen.

Dann wählen Sie die 112, denn das ist die EU-weite, bereits 1991 von der EU-Kommission und dem EU-Ministerrat beschlossene Notrufnummer (gültig ebenfalls in der Schweiz, Island, Liechtenstein und Norwegen).

## Verleihung des Sacharow-Preises

Mit dem „Sacharow-Preis für geistige Freiheit“, den das Europa-Parlament seit 1988 jährlich verleiht und der mit 50.000 Euro dotiert ist, wurde im vergangenen Dezember die russische Menschenrechtsorganisation „Memorial“ ausgezeichnet.

In seiner Laudatio betonte Parlamentspräsident Jerzy Buzek, dass der Preis stellvertretend für alle russischen Menschenrechtsaktivisten verliehen werde. Gleichzeitig äußerte er sein Bedauern, dass in Europa ein solcher Preis immer noch notwendig sei und richtete an Russland den Appell, sich am Kampf für Meinungs- und Gedankenfreiheit zu beteiligen.



Memorial, das 2001 bereits den Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis und 2004 den Alternativen Nobelpreis für den Einsatz zur geschichtlichen Aufarbeitung und Respektierung der Menschenrechte erhalten hatte, war 1988 - u. a. vom Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow - ins Leben gerufen worden. Ursprünglich als Initiative zur Unterstützung von Repressionsopfern der Stalin-Zeit und zur Aufarbeitung der Sowjetvergangenheit gedacht, entwickelte es sich im Laufe der Zeit mehr und mehr zu einer Bewegung, die sich mit aktuellen Menschenrechtsverletzungen auseinandersetzt und diese öffentlich aufarbeitet.

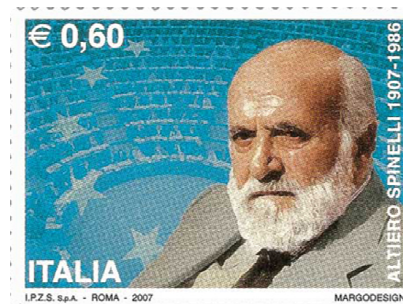
Dass die Mitarbeiter von Memorial ihr Engagement dabei mitunter teuer bezahlen müssen, zeigte sich zuletzt im Juli letzten Jahres, als die Journalistin und Menschenrechtsaktivistin Natalja Estemirowa aus ihrer Wohnung in Grosny entführt und später erschossen aufgefunden wurde.

## Große Europäer: Altiero Spinelli (1907-1986)

Wenn Sie dem EU-Parlament in Brüssel einen Besuch abstatten, werden sie feststellen, dass jedes der Parlamentsgebäude den Namen eines großen Europäers trägt. An dieser Stelle stellen wir einen davon vor:

Der 1907 in Italien geborene Altiero Spinelli trat als junger Mann in die kommunistische Partei des Landes ein, von wo aus er den aufstrebenden Faschismus bekämpfte - ein Engagement, das ihm eine 10jährige Haftstrafe und 6 Jahre Hausarrest einbrachte.

In dieser Zeit entstand unter maßgeblicher Mitwirkung Spinellis das "Manifest von Ventotene", in dem die Autoren für die Zeit nach dem Krieg ein föderalistisch gestaltetes Europa forderten, in dem eine "Anzahl an Organen und Mitteln" die Aufrechterhaltung des Friedens garantieren sollten.



Um dieser Idee praktisch Nachdruck zu verleihen, gründete Spinelli noch 1943 die Movimento Federalista Europeo (MFE), mit der er bis in die 60iger Jahre vor allem auf nationaler Ebene für den europäischen Gedanken warb.



Ab 1970 wirkte der Italiener, der zeitlebens seiner sozialistischen Grundüberzeugung treu bleiben sollte, auch in den europäischen Institutionen mit: Erst als Zuständiger für Industriepolitik (1970-76), dann von 1976 bis zu seinem Tod 1986 als Mitglied des Europa-Parlaments, wo er federführend bei der Erarbeitung des "Vertragsentwurfs für eine Europäische Union" war. Teile dieses Entwurfes, insbesondere die Abschnitte zur Stärkung der Rolle des direkt gewählten Parlamentes, fanden 1987 Eingang in die "Einheitliche Europäische Akte".

Als Anerkennung für seine Verdienste um die Europäische Integration trägt seit 1999 eines der beiden Brüsseler Hauptgebäude des Europäischen Parlaments seinen Namen.

## Griechenland in der Krise

„Das Wachs war geschmolzen. Jener schwingt die nackten Arme, und da er keinen Flugapparat mehr hat, bekommt er keine Luft zu fassen, und sein Mund, der den väterlichen Namen ruft, wird durch das blaue Wasser aufgenommen, das von ihm seinen Namen bekam.“



Die Sage von Ikarus, der sich zu nah an die Sonne wagte und deshalb abstürzte - kaum eine Erzählung scheint geeigneter, zu umschreiben, was derzeit mit Griechenland geschieht. Denn: Das Land scheint im freien Fall.

Ende 2009 musste die griechische Regierung um Premier Giorgos Papandreou in drohendes Staatsdefizit von 12,7 Prozent bekannt geben - ein Wert, der weit über den EU-Konvergenzkriterien von 3,0 Prozent liegt. Gleichzeitig wurde bekannt, dass für das Haushaltsjahr 2010 ein Schuldenstand von 121 Prozent des Bruttoinlandsproduktes drohe (nach den Konvergenzkriterien sind höchstens 60 Prozent erlaubt).

Als Reaktion beschloss die EU-Kommission am 3. Februar 2010 den griechischen Haushalt unter EU-Kontrolle zu stellen: Bis zum Jahr 2012 muss das Land die Neuverschuldung auf ca. 2,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts drücken, was einer Senkung um 75 Prozent entspricht. (Allein bis 2010 soll die Neuverschuldung um vier Prozentpunkte gesenkt werden.) Zudem müssen die Griechen Brüssel im Vierwochentakt über die Fortschritte bei der Etatsanierung informieren.

Umgekehrt scheinen Länder wie Deutschland und Frankreich über Kreditbürgschaften oder die Ausgabe von europäischen Anleihen nachzudenken, um Griechenland aus seiner – zum großen Teil selbst verschuldeten – Lage zu befreien.

Ein Grund für den relativ kompromisslosen Kurs, der sich sehr von dem der Vorjahre unterscheidet, als sich die EU gegenüber den schon damals schlechten und dabei oft noch geschönten Finanzdaten aus Athen relativ passiv verhielt: Man ist beunruhigt, dass der einheitliche Währungsraum durch die Krise in Griechenland weiter an Glaubwürdigkeit verliert. Denn auch wenn Griechenland nur knapp 3 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt der Euro-Zone beiträgt (Deutschland: 27,1 Prozent), ist unter anderem aufgrund der dortigen Ereignisse der Euro im Vergleich zum Dollar seit Dezember 2009 um 9 Prozent abgewertet worden.

Die Ankündigung drastischer Sparmaßnahmen durch die Regierung in Athen – unter anderem sollen Beamtengehälter über 2000 Euro eingefroren, alle Steuerbefreiungen abgeschafft und die Verwaltungsebenen von fünf auf drei sowie die Stadtverwaltungen von derzeit über 1000 auf 370 reduziert werden – hat währenddessen zu landesweiten Streiks geführt.

## Was ist eigentlich...

### ...aus der „EU-Gurke“ geworden?

Lange Zeit wurde sie als Inbegriff für EU-Bürokratie und Regulierungswahn gesehen: Die berühmt berüchtigte EU-Vermarktungsnorm von 1988, mit der die Beschaffenheit von Lebensmitteln festgelegt worden war. In ihr hatte es u. a. geheißen: "Gurken der Klasse extra müssen gut geformt und praktisch gerade sein (maximale Krümmung: zehn Millimeter auf zehn Zentimeter Länge)". Entsprach das Gemüse dieser Anforderung nicht, so hatte dies unweigerlich den Klassenabstieg zur Folge.

Seit dem Juli 2009 ist diese Norm, die wohl wie keine andere zur Rufschädigung der EU beigetragen hat, für die Gurke und 26 andere Obst- und Gemüsesorten abgeschafft. Sie gilt jedoch - mit einigen Einschränkungen - weiterhin etwa für Äpfel, Birnen oder Zitrusfrüchte.

(Die damalige Norm ging übrigens nicht auf Brüsseler „Technokraten“ zurück, sondern war von Handelsunternehmen angeregt worden, die durch die Klassifizierung Ärger mit ihren Lieferanten vermeiden wollten.)

## Termine des Kreisverbandes Steinfurt und des Landesverbandes NRW der Europa-Union 2010

- **3. März 2010:** KV Steinfurt: Mitgliederversammlung im Heimathaus Hovesaat Rheine  
Themen: Ungarn – „Zwischen Hoffnung und Resignation“ (Vortrag) / Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung
- **22. April 2010:** Landesverband NRW: Vortrag im Gesellschaft Casino Dortmund  
Themen: Der Vertrag von Lissabon / Die Integrationspolitik der EU / Das Beitritts-gesuch der Türkei
- **24. April 2010:** KV Steinfurt: Veranstaltung in Metelen zum Thema „Die Rolle der Europäischen Union in der Finanz- und Wirtschaftskrise.“ Referent: Prof. Dr. Hans Tietmeyer (Bundesbank-präsident a.D.)
- **18- 25. August 2010:** Studienfahrt nach Ungarn (Budapest)
- **25. September 2010:** Landesversammlung der Europa-Union Deutschland in Dortmund
- **Zweites Halbjahr 2010 (geplant):** Veranstaltung zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung
- **Dezember 2010:** Kamingespräch im Kötterhaus in Steinfurt

Mit freundlichem Gruß



Ulrich Oletti

